20. Wahlperiode

Drucksache **20/2274**

HESSISCHER LANDTAG

06.02.2020

HHA

Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/2090 zu Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: **Psychiatrie ohne Zwang stärken – ambulante Versorgung ausbauen (Teil 1)**

Einzelplan **08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel Buchungskreis:	08 07 2795	Besondere Transferleistungen
Förderproduktnummer lt. Leistungsplan		2
Bezeichnung lt. Leistungsplan		Verwaltungskostenerstattung Maßregelvollzug

Leistungsplan:

	von	**Veränderung um**	**auf**
		Beträge in 1.000 EUR	
Gesamtkosten	114.750,0	-10.048,5	104.701,5
Produktabgeltung	114.750,0	-10.048,5	104.701,5

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Mit der vorgenommenen Kürzung werden 90 Prozent der geplanten Mittelerhöhungen für die Verwaltungskosten des Maßregelvollzugs gestrichen. Die verbliebenen zehn Prozent dienen zur Absicherung von Tarif- und Personalsteigerungen. Die hier eingesparten Mittel fließen der ambulanten psychiatrischen Versorgung (08 07 Pr. 10) zu.

Eine wesentliche Stärkung der ambulanten Versorgungsstrukturen und insbesondere der flächendeckende Ausbau von Krisendiensten unter Einbeziehung von Fachpersonal können wesentlich dazu beitragen, um Chronifizierungen psychiatrischer Erkrankungen, Selbst- und Fremdgefährdungen deutlich zu reduzieren. Damit können auch Ereignisketten, die am Ende zu schweren und schwersten Straftaten führen können, frühzeitig unterbrochen werden. Eine starke ambulante

Eingegangen am 6. Februar 2020 · Ausgegeben am 6. Februar 2020
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

Krisenversorgung kann damit dazu beitragen, die dauerhafte forensische Unterbringung in Teilen überflüssig zu machen und damit die Verwaltungsausgaben nachhaltig reduzieren.

Wiesbaden, 6.2.2020

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler